

Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen

Reminiszere 2015



Evangelische Kirche
in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Grußwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland	3
Warum eine Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen?	4
Hintergrundinformationen	5
Religionsfreiheit in der Türkei	5
Die christlichen Kirchen in der Türkei.....	6
Konkretion: Das Ökumenische Patriarchat Konstantinopel.....	8
Gedenken: Die Armenische Apostolische Kirche	9
Interreligiöser Dialog als gemeinsames Eintreten für Religionsfreiheit, Frieden und Verständigung: Das Beispiel Antakya.....	11
Für die Praxis	13
Bausteine für ein Fürbittgebet	13
Gebete von Christen aus der Region	14
Statements eines syrischen Christen	15
Ankündigungsplakat	18
Weiterführende Informationen	19
Redaktionsteam	21

Einführung

Grußwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das Thema „Religionsfreiheit“ liegt unserer Kirche am Herzen. Es gehört zu den kirchlichen Kernaufgaben, sich für die freie Ausübung des Glaubens von Christinnen und Christen in aller Welt einzusetzen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat deshalb 2013 erstmals gemeinsam mit ihren römisch-katholischen Geschwistern einen Bericht zur „Religionsfreiheit weltweit“ herausgegeben. Dieser Bericht zeigt, dass christliche Gemeinden in vielen Ländern diskriminiert oder verfolgt werden. Auch in der Türkei können orthodoxe, katholische und evangelische Glaubensgeschwister ihren Glauben nicht in voller Freiheit leben.



Positive Religionsfreiheit bringt ein Gemeinwesen voran und tut allen seinen Gliedern gut. Das gilt nicht nur in Mitteleuropa, sondern ebenso in der Türkei. Wir hoffen dort auf eine Entwicklung hin zu religiösem Pluralismus. Die Fortschritte im Bereich der Justiz, die die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Bericht zur Türkei konstatiert hat, begrüßen wir. Auch geben uns die Rückerstattung der Ländereien an das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel Ende 2013 und die im Sommer 2014 erfolgte Gottesdienstfeier in der ökumenisch genutzten Panteleimon-Kirche im kleinasiatischen Bursa eine berechtigte Hoffnung, dass sich im Bereich der Religionsfreiheit in der Türkei eine Entwicklung hin zu größerer Offenheit ergeben wird.

Alljährlich in der Passionszeit halten wir Fürbitte für unsere bedrängten und verfolgten Geschwister in aller Welt. Neben dem politischen Einsatz für die freie Ausübung des Glaubens von Christinnen und Christen in aller Welt ist es das Gebet, das unseren Geschwistern Kraft gibt und sie ermutigt, in ihrer Heimat das Evangelium zu bezeugen. Lassen Sie uns deshalb in diesem Jahr für die Christinnen und Christen in der Türkei beten und ihre Situation vor Gott bringen.

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Ratsvorsitzender der EKD

Warum eine Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen?

In verschiedenen Teilen der Welt werden Kirchen, christliche Gemeinschaften oder einzelne Gläubige bedrängt oder verfolgt. Die Repressionen reichen von Diskriminierung und Rechtsunsicherheit über die Einschränkung bestimmter Grundrechte wie dem Recht auf Religionsfreiheit bis hin zur Bedrohung von Leib und Leben.

Nicht jeder Konflikt, in dem Christen zu Schaden kommen, hat aber religiöse Gründe und nicht jeder Fall von Gewalt gegen Christen hat seine Ursache im Glauben an Jesus Christus. Den Begriff der „Christenverfolgung“ verwenden wir deshalb nur nach sorgfältiger Prüfung. Wir achten auf die Seriosität unserer Quellen. Oft liegen den berichteten Schädigungen ethnische, politische, soziale, kulturelle, ökonomische, kriminelle oder geostrategische Ursachen zugrunde. Allerdings ist im Fall der christlichen Minderheiten in der Türkei die Scheidung zwischen ethnischen und religiösen Faktoren besonders schwierig, da der türkische Gesetzgeber die religiöse Identität mit der ethnischen Identität vermischt.

Indem wir differenzieren, wollen wir Leid und Bedrängnis nicht banalisieren. Die Evangelische Kirche in Deutschland nimmt Anteil am Leid der Geschwister in den Konfliktregionen dieser Welt. Wir blicken dabei nicht allein auf die Schwierigkeiten in den Herkunftsländern, sondern wissen, dass viele Christinnen und Christen nach ihrer Flucht vor Bedrängung und Verfolgung schwer traumatisiert unter uns leben.

Wir engagieren uns für bedrängte und verfolgte Christen mit öffentlichen Kampagnen und in politischen Hintergrundgesprächen. So arbeiten wir auf unterschiedlichen Ebenen an einer Verbesserung der menschenrechtlichen Lage. Zugleich achten wir darauf, dass wir keine Stereotypen verwenden, die wieder neue Feindbilder aufbauen, denn wir wollen den gegenseitigen Respekt aller Menschen fördern. Unser Einsatz für bedrängte und verfolgte Christen überschreitet deshalb konfessionelle und politische Grenzen: Religionsfreiheit betrifft uns alle.

Hintergrundinformationen

Religionsfreiheit in der Türkei

Seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union ist die Frage der Religionsfreiheit in der Türkei Thema auch in der deutschen Öffentlichkeit. Am 16. Oktober 2013 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung an Parlament und Rat über den sogenannten "Fortschrittsbericht der Türkei 2013"¹. Dieser Bericht beschreibt nicht allein die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Entwicklung der Türkei, sondern nimmt auch die Menschenrechtssituation - sowie als einen Teil der Menschenrechtssituation die Religionsfreiheit - in den Blick². Im Januar 2014 veröffentlichte das Norwegische Helsinki-Zentrum seinen jüngsten Bericht zur Religionsfreiheit 2014³. Unsere Darstellung der Religionsfreiheit in der Türkei stützt sich auf diese beiden Quellen. Als Verletzung der Religionsfreiheit führen die Berichte übereinstimmend die folgenden Punkte auf:

- **Religionsgemeinschaften haben keinen Status einer juristischen Person.** Dies gilt gleichermaßen für Muslime, Juden, Christen, Baha'i und andere Religionen und verletzt die Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich die Türkei verpflichtet hat. Weil auch die administrativen Organe der religiösen Gemeinschaften, wie etwa das Ökumenische Patriarchat oder das Armenische Patriarchat, den Status der Rechtsperson nicht erhalten können, folgen Probleme im Zusammenhang mit Grundstückserwerb, Gerichtsbarkeit, Finanzmittelbeschaffung und Anstellung von ausländischen Geistlichen. Auch dürfen die religiösen Gemeinschaften nicht vor Gericht gehen, sondern können sich nur durch Einzelpersonen vertreten lassen - da sie als religiöse Gemeinschaft ja keine juristischen Personen sind.
- **Nur für muslimische Sakralgebäude werden Unterhaltungs- und Betriebskosten vom Staat übernommen**, für andere Religionen jedoch nicht. In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass die Möglichkeiten der Kirchen sowohl zur Erhaltung bestehender als auch zur Errichtung zukünftiger Sakralgebäude äußerst eingeschränkt sind.
- Darüber hinaus gibt es **kein Recht auf die Verweigerung** des Wehrdienstes in der türkischen Armee **aus Glaubens- und Gewissensgründen**.
- Ferner ist die Ausbildung von nicht-muslimischen Geistlichen nicht möglich, da **keine staatlich anerkannten Ausbildungsorte** existieren. Sämtliche religiöse Bildung untersteht dem staatlichen Monopol; der Unterricht besteht aus

¹ http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/tr_rapport_2013.pdf
(18.10.2013)

² Vgl. Verpflichtung zur Religionsfreiheit: <http://www.state.gov/documents/organization/169989.pdf>

³ <http://www.nhc.no>

sunnitischer Religion und Ethik. Private Bildungseinrichtungen dürfen keine religiöse Bildung vermitteln. Trotz vielfacher Ankündigungen von Regierungsmitgliedern ist auch die 1971 geschlossene griechisch-orthodoxe Hochschule in Chalki bislang noch nicht wieder eröffnet worden. Zuletzt wurde die Wiedereröffnung der Hochschule von Vertretern der türkischen Regierung an die Errichtung einer Moschee in Athen geknüpft. Weiterhin nicht in Betrieb ist auch die 1969 geschlossene Ausbildungsstätte der Armenischen Apostolischen Kirche in Üsküdar. Mit dem 2013 proklamierten "Demokratisierungspaket" erweiterte die Regierung aber immerhin die Möglichkeit des Unterrichtes in der Muttersprache, der zuvor nur den Minderheiten des Lausanner Vertrages⁴ zugestanden worden war.

- Schließlich enthalten **Personalausweise und Dokumente weiterhin Informationen über die Religionszugehörigkeit**, was - insbesondere im Fall von Konvertiten - Diskriminierung fördert.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat zu den Fällen Religionsunterricht, Ausbildung von Geistlichen und Militärdienstverweigerung Urteile getroffen, die jedoch bis heute nicht in türkisches Recht übernommen worden sind.

Neben diesen Problemen sind aber auch positive Entwicklungen zu verzeichnen: So hat die Regierung im August 2011 die Rückgabe konfiszierter Güter oder ersatzweise Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt. Mit dem gleichen Dekret wurde die Bildung neuer religiöser Stiftungen erlaubt. Seit 2010 räumt die Regierung die Möglichkeit ein, einmal im Jahr an historischen Stätten, die in staatliche Museen umgewandelt wurden, Gottesdienste zu feiern. Aus unterschiedlichen Gründen machen sich inzwischen auch Bürgermeister dafür stark, solche Öffnungen häufiger zu gewähren⁵.

Die christlichen Kirchen in der Türkei

In den letzten Jahren ist die Lage der Christen in der Türkei im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt des Landes auch in Deutschland ausführlicher diskutiert worden. In den Fokus der Medien wurden dabei hauptsächlich drei Themenkomplexe gestellt, die als Indikatoren dafür gelten, inwieweit sich die Türkei zu einer neuen Haltung im Bereich der Religionsfreiheit bekennen würde. Es geht hier um die Möglichkeiten einer

⁴ Der Vertrag von Lausanne wurde 1923 zwischen der Türkei, den Siegermächten des Ersten Weltkriegs Frankreich, Italien, Japan und England sowie den Balkanstaaten Rumänien, Griechenland und Jugoslawien geschlossen. Der Vertrag beinhaltete Bestimmungen über den Bevölkerungsaustausch nach dem griechisch-türkischen Krieg und über die Rechte der religiösen Minderheiten in der Türkei. Die Bestimmungen des Vertrages identifizierten die religiöse mit der ethnischen und der nationalen Zugehörigkeit.

⁵ Vgl. Pew Forum on Religion and Public Life, 2012, S. 50; US-State-Department: Religious Freedom Report 2012. Human Rights Watch: Annual Report 2013, S. 487ff.

Neueröffnung christlicher Kirchen für die Seelsorge an einheimischen Christen und für Touristen, die Aufhebung der Schließung der 1844 für das Ökumenische Patriarchat Konstantinopel errichteten Theologischen Hochschule von Chalki, die 1971 geschlossen wurde, sowie die Möglichkeiten einer Aufarbeitung des Genozids von 1915 an Armeniern und anderen christlichen Minderheiten wie den syrisch-orthodoxen Christen und den Pontus-Griechen.

In der Türkei, in der 99% der Bevölkerung zum muslimischen Glauben gehören, ist der Islam offiziell keine Staatsreligion, muss aber als starke gesellschaftliche Kraft angesehen werden, die bestrebt ist, den Einfluss des muslimischen Glaubens im Leben des Landes zu vergrößern. Christen bilden in der Türkei heute eine kleine Minderheit, die aber auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, bei der die Anfänge und Grundidentitäten der christlichen Kirchen berührt werden und in der es Zeiten der Blüte des christlichen Lebens gegeben hat. Die Geschichte des Ökumenischen Patriarchates kann bis zum Jahr 330 zurückverfolgt werden, als Kaiser Konstantin seinen Herrschersitz von Rom in die kleine Stadt Byzanz verlegte, die sich nach Rom bald zum bedeutendsten Kirchenzentrum des Ostens innerhalb des Reiches entwickelte. Die Stadt Istanbul hieß während des Oströmischen und Byzantinischen Reiches Konstantinopel, ihr Wahrzeichen ist die "Hagia Sophia", die als Krönungskirche der Kaiser seit 641 diente und die 1453 nach der Eroberung durch die Osmanen von christlichen Symbolen gereinigt, als Hauptmoschee adaptiert und mit Umbauten versehen wurde. Seit 1935 ist sie ein Museum, die islamische konservative Regierung fordert aber seit Ende 2013 die Rückverwandlung in eine Moschee.

Innerhalb der kleinen Minderheit der Christen findet sich jedoch ein großes Spektrum verschiedenster Kirchen westlicher und östlicher Tradition, die auf je eine unterschiedliche Identitätsgeschichte zurückblicken können und deren Stellung im türkischen Staat ebenfalls sehr unterschiedlich ist.

Als einheimische Kirchen kann man die folgenden Gemeinschaften ansehen: Die **Armenische Apostolische Kirche** ist mit ca. 65.000 Mitgliedern die größte Kirche. Sie gehört zur Gemeinschaft der orientalischen orthodoxen Kirchen. Die seit dem 17. Jahrhundert bestehende **Armenisch-Katholische Kirche** zählt ca. 3.000 Mitglieder. Eine kleine Gruppe armenischer evangelischer Christen bringt sich heute zumeist in neue türkische Freikirchen ein. Das **Ökumenische Patriarchat** mit Sitz im Phanar hat ca. 3.000 einheimische griechisch-orthodoxe Christen, der Patriarch ist aber Ehrenoberhaupt der östlichen Orthodoxie und weltweit Leiter der orthodoxen Kirchen, die keinem anderen Oberhaupt zugeordnet sind. Die Christen der **Syrisch-Orthodoxen Kirche** stammen aus dem Gebiet des Tur Abdin im Südosten der Türkei, dort leben nur noch wenige Mitglieder, die Mehrheit der ca. 10.000 Christen lebt in Istanbul. Es gibt auch die **Syrisch-Katholische Kirche** mit ca. 1.200 Mitgliedern und die **Chaldäisch-Katholische Kirche** mit ca. 1.000 Christen, deren Zahl durch Flüchtlinge aus dem Irak, der Heimat dieser Kirche, anwächst.

Als typische Ausländerkirchen gelten die anderen Gemeinschaften:

Die **römisch-katholische Kirche** mit ca. 15.000 Mitgliedern aus verschiedenen Herkunftsländern. Die **evangelische Kirche deutscher Sprache** konnte 2011 ihr

fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Die **anglikanische Kirche**, die **Presbyterianische Kirche** und die **Union Church** sind englischsprachig und oft nordamerikanisch geprägt. Von nordamerikanischen und koreanischen Freikirchen unterstützt, entwickelten sich in den letzten Jahren auch **türkische Freikirchen**, die sich nicht selten mit ihren Missionsbestrebungen am Rande des gesetzlichen Propagandaverbotes bewegen.

Gemeinsam leiden alle Kirchen unter einem ungeklärten, schwierigen oder auch nicht vorhandenen Rechtsstatus als Gemeinschaft. Ausländische Kirchen, die vor 1914 bestanden und deren Rechts- und Besitzstatus anerkannt und nachweisbar ist, haben es leichter, Pfarrer anzustellen. Andere nicht einheimische Kirchen, zu denen auch die evangelische und die katholische Kirche zählen, können sich im oft nur im Zusammenspiel mit ausländischen Botschaften einen gewissen Status sichern.

Als religiös nationale Minderheiten im Sinne des Lausanner Vertrages von 1923 gelten: Armenier, Bulgaren, Griechen und Juden, alle anderen Kirchen und auch religiöse Gemeinschaften sind nicht anerkannt und können keinen Rechtsstatus erwerben. Es scheint eine Entwicklung zu geben, die bei manchen Besitzfragen Gesetzesnovellierungen zum Besseren in Aussicht stellen. Die aramäischen Christen, die nicht speziell im Lausanner Vertrag erwähnt wurden, haben noch nicht das gesicherte Recht, ihre Kinder in der Mutter- und Liturgiesprache zu unterrichten.

Insgesamt kann man die Zahl der Christen auf ca. 100.000 unter der ca. 76 Millionen zählenden Gesamtbevölkerung schätzen. Die Aufarbeitung des Genozid von 1915 an Armeniern und anderen christlichen Minderheiten (Syrern, Pontus-Griechen) ist in der Öffentlichkeit ein Tabu.

Konkretion: Das Ökumenische Patriarchat Konstantinopel

Die Probleme, die sich aus der beschriebenen Rechtssituation ergeben, haben für das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel Auswirkungen in fünf Kernbereichen:

1. Wahl des Patriarchen

Die türkische Regierung verlangt, dass die Kandidaten für das Amt des Patriarchen die türkische Staatsangehörigkeit haben. Angesichts der schwindenden Zahl der orthodoxen Christen in der Türkei beklagt das Ökumenische Patriarchat diese Regelung als direkte Einmischung des türkischen Staates in die inneren Angelegenheiten der orthodoxen Weltkirche. Immerhin hat die türkische Regierung im Jahr 2010 fünfzehn im Ausland wirkenden Metropolitens des Ökumenischen Patriarchats die türkische Staatsbürgerschaft verliehen. Diese grundsätzlich zu begrüßende Maßnahme ändert freilich nichts an dem Umstand, dass das genannte Gesetz der türkischen Regierung die Möglichkeit gibt, Einfluss darauf zu nehmen, welche Person als Patriarch gewählt werden kann.

2. Ablehnung des übernationalen Status des Patriarchates

Im Geist des Nationalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts erkennt die Türkei den übernationalen Status des Ökumenischen Patriarchats nicht an. Durch diese anachronistische Sicht ignoriert die Türkei das Faktum, dass der

Ökumenische Patriarch eben gerade nicht der Leiter eine Nationalkirche, sondern das Oberhaupt von 300 Millionen orthodoxen Christen weltweit ist.

3. In der Türkei besitzt das Ökumenische Patriarchat keinen Status einer juristischen Person

Eigentumsrechte für die Kirchen und Aufenthaltsgenehmigungen für die nicht türkischen Priester können durch diese Regelung behördlicher Willkür ausgesetzt sein. Aufgrund seiner dünnen Personaldecke kann die Arbeitsfähigkeit des Patriarchats durch nicht erteilte Einreisegenehmigungen von staatlicher Seite erheblich eingeschränkt werden. Immerhin wurde seit Ende 2008 nichttürkischen Mitarbeitern des Ökumenischen Patriarchates die Möglichkeit eingeräumt, ein Jahresvisum anstelle des bisher üblichen (nur drei Monate gültigen) Touristenvisums zu erhalten.

4. Schließung der theologischen Hochschule von Chalki

Die seit 1971 andauernde Schließung der Hochschule von Chalki nimmt dem Ökumenischen Patriarchat die Möglichkeit, den eigenen Klerus auch in der Türkei am Sitz des Patriarchen auszubilden. Der Widerspruch zwischen dieser Maßnahme und der staatlichen Forderung an das Ökumenischen Patriarchat, eine rein nationale Institution zu sein, ist augenfällig: So hat der orthodoxe Klerus des Patriarchats, das nach der Vorstellung des türkischen Staates doch eine "türkische" Kirche ist, keine Möglichkeit, sich im "Heimatland" ausbilden zu lassen, und muss, um in der "türkischen" Kirche arbeiten zu können, eine Ausbildung im Ausland absolvieren.

5. Beschlagnahme kirchlicher Immobilien durch die türkischen Behörden

Zahlreiche Orte des kulturellen Erbes, die mit dem Ökumenischen Patriarchat verbunden sind, wurden während der vergangenen Jahrzehnte von den türkischen Behörden beschlagnahmt. Indirekt ist durch diese Maßnahmen auch die griechisch-orthodoxe Kirche vor Ort gefährdet, die viele dieser Gebäude nutzte. Im Jahr 2011 entschied der türkische Ministerpräsident Erdogan nach einem entsprechenden Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, enteignete Immobilien wie etwa das Waisenhaus auf der Insel Büyüküda, das heute als Sitz einer internationalen Umweltstiftung unter dem Patronat des Ökumenischen Patriarchats dient, zurückzugeben.

Gedenken: Die Armenische Apostolische Kirche

Im November 1914 trat das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg ein. Nach dem Zeugnis der deutschen diplomatischen Akten beurteilte die Hohe Pforte die Lage in den Ostprovinzen des Reiches nahe der Grenze zu Russland als instabil. Insbesondere in den christlichen Minderheiten der Armenier, der Syrer und der Griechen sah man potenzielle Verbündete des russischen Kriegsgegners. Bereits im Sommer 1914 berichteten deutsche Diplomaten von Aufständen der Armenier, bald darauf von Verhaftungswellen und schließlich auch von der Erklärung des osmanischen Innenministers Talaat Bey (1871-

1921), "dass die Pforte den Weltkrieg dazu benutzen wolle, um mit ihren inneren Feinden gründlich aufzuräumen, ohne dabei durch die diplomatische Intervention des Auslandes gestört zu werden"⁶.

So kam es zum Völkermord an den Armeniern, dem "Jahr des Schwertes" gegen die Syrer und zur Vernichtung der Pontus-Griechen im Jahr 1915. Von den 1,4 Millionen Gläubigen des Armenischen Patriarchats Konstantinopel, den 300.000 Gläubigen des Katholikats von Sis und den 100.000 Gläubigen des Katholikats von Achtamar vor dem Ersten Weltkrieg wurden nach den Berechnungen der Kommission des Osmanischen Innenministeriums von 1919 etwa 800.000 Menschen - z.T. auch mit logistischer Unterstützung des verbündeten deutschen Militärs - ermordet. Andere Schätzungen liegen wesentlich höher.

Das Osmanische Reich erkannte die Verbrechen in den Jahren 1919-1921 unter dem Druck der alliierten Siegermächte an. Seinerzeit begann man auch mit einer prozessualen Ahndung der Vorgänge. Mit der kriegerischen Auseinandersetzung gegen Griechenland ab 1921 und der Gründung der laizistischen Türkei 1923 endete jedoch die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen der jungtürkischen Bewegung an den religiösen Minderheiten. Heute, am Vorabend des 100. Jahrestages, fordern die Vertreter der Armenischen Apostolischen Kirche ebenso wie der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und die Konferenz europäischer Kirchen (KEK) die Anerkennung des Armenischen Genozids durch die türkische Regierung. Diese ahndet die öffentliche Behauptung jedoch als Straftatbestand und spricht von "den Ereignissen von 1915" und dem "sogenannten Genozid".

Bedenken wir, dass die Identität der Armenischen Christinnen und Christen heute nicht ohne den Genozid zu denken ist, so erweist sich die strafrechtliche Ahndung der öffentlichen Behauptung des Genozids in der Türkei als eine massive Diskriminierung und ein Eingriff in die Identität der armenischen Christinnen und Christen durch die Rechtsnachfolger der Täter⁷. Zugleich verhindert die Strafbarkeit der öffentlichen Behauptung des Genozids eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und damit auch eine angemessene Aufarbeitung. Aus diesen Gründen kann die Thematik des armenischen Völkermordes im Rahmen eines öffentlichen Eintretens für die Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit nicht unerwähnt bleiben.

Der ÖRK und die KEK erklärten deshalb im November 2013: "Das Schweigen der Weltgemeinschaft und gezielte Bestrebungen, selbst historische Fakten zu leugnen, stellen für das armenische Volk, die armenischen Kirchen und viele andere ständige Quellen seelischer Qualen und zunehmender Verzweiflung dar. Wir ehren das Andenken

⁶ Bericht des deutschen Botschafters Wangenheim (1858-1915) an den Reichskanzler Bethmann Hollweg (1856-1921) vom 17.06.1915, AA 1915-06-17-DE-003.

⁷ Anlässlich des 99. Jahrestages des Gedenkens an den Genozid signalisierte der türkische Ministerpräsident Erdogan Versöhnungsbereitschaft. Doch geht auch aus seiner Äußerung: "Es ist eine menschliche Pflicht, den Willen der Armenier, ihrer Leiden dieser Zeit zu gedenken, zu verstehen und zu teilen" nicht die Bereitschaft zur Anerkennung des Völkermords hervor.

an die weiteren 600.000 Christen aramäischer, chaldäischer, assyrischer und griechischer Abstammung, einschließlich Katholiken und Protestanten, die gemeinsam mit ihren armenischen Brüdern und Schwestern ermordet wurden." Die Bundesversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) hat sich im Oktober 2014 diesen Aufrufen angeschlossen.

Wer sich von deutscher Seite aus mit den Ereignissen beschäftigt⁸, stößt freilich auf eine eigene Schuldgeschichte: Hier geht es zum einen um die billigende Inkaufnahme der Vorgänge von 1915/16 durch die deutsche Reichsregierung. Darüber hinaus umfasst die deutsche Verwicklung in den Genozid auch die Mittäterschaft durch die logistische Unterstützung der osmanischen Einheiten durch Reichswehrtruppen bei der Deportation der Opfer. Offiziere der Reichswehr, die während des Ersten Weltkrieges in der Osttürkei im Einsatz waren und sich nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland den Freikorps und dem Nationalsozialismus anschlossen, stehen außerdem für eine mentalitätsgeschichtliche Fernwirkung des armenischen Genozids bis zur Schoah.

Interreligiöser Dialog als gemeinsames Eintreten für Religionsfreiheit, Frieden und Verständigung: Das Beispiel Antakya

Antakya (Antiochia) in der Südtürkei ist in der ganzen Türkei und im Orient bekannt als eine Stadt der Verständigung von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen. Diese Stadt liegt in einer Region, die erst 1939 zur Türkei kam und in der das Miteinander der Religionen nicht durch den laizistischen Kemalismus der 1920er und 1930er Jahre geprägt wurde.

Sunniten, Alaviten, Christen und Juden leben in dieser Region in vielfältigen Weisen der Begegnung zusammen. Neben vielen Moscheen stehen Kirchengebäude (syrisch-orthodoxe, römisch-katholische und evangelische) und eine Synagoge; weiter am Rande der Stadt befindet sich die St.-Peter-Grotte. Sie soll die älteste Höhlenkirche der Christenheit sein. Oft erklingen Glockengeläute und Rufe vom Minarett aus gleichzeitig. In dem "Friedenshaus" gibt es seit Jahren regelmäßig Gebete der Religionen. Morgens stehen jüdische, mittags christliche und abends muslimische Gebete im Zentrum. Berühmtheit hat der Chor der Zivilisationen erlangt: Lieder der Religionen werden gemeinsam gesungen; Auftritte dieses Chores gab es bereits vor der UNO und vor der EU

⁸ Quellen zum Genozid : Wolfgang Gust, Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Springe 2005. Durch das militärische Bündnis mit dem Osmanischen Reich verzichtete das Deutsche Reich auf einen völkerrechtlichen Protest gegen den Genozid. Der Theologe und Orientalist Johannes Lepsius (1858-1926) protestierte gegen den Genozid und dokumentierte i.J. 1919 die Geschehnisse nach dem Ersten Weltkrieg im Auftrag des Auswärtigen Amtes - freilich nicht ohne die Absicht, die deutsche Seite von der Mithilfe am Genozid zu entlasten. Der deutsche Botschaftsprediger und spätere Begründer der deutschen Gemeinde Istanbul, Siegfried Graf von Lüttichau (1877-1965), rief zur philanthropischen Unterstützung der Armenier auf.

in Straßburg. Ausdrückliche Ziele Antakyas sind Frieden, Geschwisterlichkeit und Weitherzigkeit.

Die Stadt hat von alters her die Geschichte des Christentums und des Islams stark geprägt. In ihr wurden die Jünger Jesu zuerst Christen genannt (Apostelgeschichte 11,26); die einflussreiche antiochenische Theologie, die die Menschlichkeit Jesu betont, entstand hier. Auch im Koran (36,14ff.) findet Antakya Erwähnung: Als drei Christen verfolgt werden, tritt Habib Neccar für sie ein. Sein Grab wird in der HabibiNeccarMoschee gezeigt.

Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel hat 2012 eine Partnerschaft mit Antakya begonnen, eine Partnerschaft mit Aalen bestand bereits. In der Beziehung mit Kiel geht es neben anderen Bereichen (Bildung, Wirtschaft, Umwelt) zentral um den interreligiösen Dialog. Inzwischen wurde die Partnerschaft auf die Großstadt Hatay (1,4 Mill. Einwohner) erweitert. Hatay grenzt direkt an Syrien. Der grausame Bürgerkrieg im Nachbarland und im Irak zeigt, wie wichtig die interreligiöse Verständigung für den Frieden ist. Dafür treten die Städte Antakya/Hatay und Kiel ein. Sie unterstützen sich gegenseitig und lernen dabei voneinander. Kieler haben zum Beispiel in Antakya bei interreligiösen Stadtrundfahrten Moscheen, Kirchen und Synagogen kennengelernt. Seit dieser Zeit werden solche Stadtrundfahrten auch regelmäßig in Kiel mit viel Erfolg durchgeführt.

Für die Praxis

Bausteine für ein Fürbittgebet

Barmherziger Gott,

wir denken heute vor dir an unsere Geschwister im Glauben in der Türkei. Wir sorgen uns um sie und beklagen, dass nicht alle dort ihren Glauben in Freiheit leben können.

- Wir bitten dich für diejenigen, die andere bedrücken:

Weite ihre Herzen im Geiste von Achtung und Toleranz.

Verwandle ihren Hass und ihre Ablehnung in Verständnis und Akzeptanz.

- Wir bitten dich für die Mächtigen und Einflussreichen:

Schenke ihnen Mut, für Religionsfreiheit und Solidarität einzutreten.

Stärke Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit.

Wecke Verantwortung für den Schutz von Minderheiten.

- Wir bitten dich für alle Christen in der Türkei:

Bewahre sie in festem Glauben an deinen Sohn Jesus Christus.

Sei ihre Zuflucht in Zeiten der Not, ihre Hoffnung in Bedrängnis, ihr Trost in Angst und Trauer.

Mach Menschen weiterhin bereit, als Geistliche Verantwortung zu übernehmen.

Stärke gelingendes Miteinander verschiedener Religionen und Kulturen.

- Wir bitten dich für uns selber:

Zeige uns Wege, unsere Verbundenheit mit unseren christlichen Geschwistern in der Türkei zu leben.

Eröffne Möglichkeiten, auch aus der Ferne zu helfen.

Stärke unsere Fürbitte für bedrängte Christinnen und Christen in aller Welt.

Wir vertrauen auf dein Erbarmen und preisen deine Güte durch Jesus Christus, unseren Herrn. Amen.

Gebete von Christen aus der Region

Fürbitten nach der Jakobusliturgie der Syrisch-Orthodoxen Kirche

L: Liturg

G: Gemeinde

L: Um den Engel des Friedens und der Ruhe, der Erbarmung und des Mitleids, meine Geschwister, lasst uns allezeit den Herrn bitten.

G: Gewähre es uns in deinem Erbarmen.

L: Dass Friede sei den Kirchen und Ruhe den Klöstern und Sicherheit ihren Priestern allezeit, meine Geschwister, darum lasst uns allezeit den Herrn bitten.

G: Schaff Frieden, unser Herr, in deinem Erbarmen.

L: Dass wir wahre Christen sind, die durch gute Taten und erhabene Werke der Gerechtigkeit Gott gefallen, meine Geschwister, darum lasst uns allezeit den Herrn bitten.

G: Rette uns, unser Herr, in deinem Erbarmen.

L: Dass Friede herrsche unter den Staaten der Erde, für die Beendigung der Kriege, um die Ruhe für die Verstorbenen und für uns um Verzeihung der Schuld und unserer Sünden.

G: Hab Mitleid, du Gütiger, und erbarme dich unser.

Aus dem Syrischen

(übersetzt von Gabriel Rabo und Martin Illert)

Lied an den Heiligen Geist

Geist Gottes,
der du, herabgestiegen vom Himmel,
das Geheimnis des Gleichherrlichen
vollendest durch unsere Hände:
durch das Vergießen Seines Blutes bitten wir dich:
Lass ruhen
die Seelen der Entschlafenen.

Aus dem Armenischen

(übersetzt von Friederike Köckert)

Statements eines syrischen Christen

Zur Situation der Christen in der Südosttürkei

Der in Göttingen lebende Theologe Drs. Gabriel Rabo gehört zur syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien. Nach dem Studium im Priesterseminar Mor Gabriel (Südosttürkei) im Jahre 1980 war er als Lehrer für die syrische Sprache, Musik und Religion in den syrischen Schulen im Tur`Abdin tätig. 1984 wanderte er nach Deutschland aus und nahm von 1986 bis 1991 das Studium der Katholischen Theologie an der Universität Eichstätt auf. Von Februar bis Dezember 1993 war er wissenschaftliche Hilfskraft und von Januar 1994 bis 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt "Konkordanz zur syrischen Bibel" und Edition der syrischen Bibelübersetzung des Thomas von Harkel (7. Jahrhundert) am Lehrstuhl für orientalische, insbesondere syrische Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen. 2014 promovierte er dort über den syrischen Theologen Dionysius Bar Salibi († 1171).

Wie viele syrisch-orthodoxe Christen leben in der Türkei?

Zwischen 18.000 und 20.000. Im Ursprungsgebiet Tur-Abdin leben heute leider nur noch 4.000. In Istanbul schätzt man die Zahl auf 14- bis 15.000. Der Rest lebt zerstreut in anderen Gebieten in der Türkei. Tur-Abdin war einmal eine Hochburg der syrisch-orthodoxen Kirche. Wenn man die Zahlen heute mit denen von 1870 vergleicht, muss man leider feststellen, dass 94 Prozent der Syrisch-Orthodoxen einfach verschwunden sind. 94 Prozent!

Welche Erfahrung machen Sie als Christ aus der Türkei in Deutschland?

Wenn mich jemand fragt: "Woher kommen Sie?", und ich sage: "Ich komme aus der Türkei", dann denkt man heute, dass ich ein Moslem bin. Keiner denkt heute an die Christen in der Türkei.

Wenn Sie die Situation der Muslime in Europa mit der der Christen in der Türkei vergleichen - was kommt Ihnen da in den Sinn?

Vergleicht man mit der Situation der Muslime in Europa, erkennt man große Unterschiede. Hier gibt es überall nicht nur Moscheen, sondern auch Minarette. In Schweden gibt es neuerdings sogar Muezzins. Man ruft dort ganz normal, wie in den islamischen Ländern, zum Gebet. Und wenn man heute in Frankreich und England, aber auch in Deutschland schaut, dann gibt es überall auf den Straßen Muslime, die ihr Gebet halten. In der Türkei ist es ganz anders. Das Christentum verschwindet dort einfach. Das ist nicht nur ein Problem für die Bewohner der Türkei, sondern auch für das gesamte Christentum. Auch für das Abendland. Verschwinden wir von dort, hat das Christentum ein Stück seiner Geschichte einfach verloren. Wir sind ja die ältesten Christen überhaupt! Wenn man in der Apostelgeschichte nachschlägt, dann liest man dort von den ersten Christen in Antiochien, Antiochien war das Zentrum der Christenheit. Heute gibt es keine

Christen mehr in der antiken Stadt Antiochien. Nur in der Umgebung, in Hatay, leben noch Rum-Orthodoxe.

Wie ist es um den Fortbestand der aramäischen Sprache bestellt?

Seit 2014 gibt es also eine Grundschule in Istanbul, in der man nicht nur Englisch und Türkisch, sondern auch Aramäisch, die Sprache der syrisch-orthodoxen Kirche, unterrichtet. Das ist etwas Gutes und Positives. Es gibt neuerdings auch einen Lehrstuhl für syrische Studien an der Universität Mardin. Das wird nicht von der Kirche oder von den Syrisch-Orthodoxen oder Aramäern betrieben, sondern einfach von der Regierung, vom Staat. Dort wird Syrisch offiziell unterrichtet. Syrisch ist gleich Aramäisch, das ist die Sprache Jesu Christi. Wir hoffen, dass in Zukunft noch weitere Möglichkeiten für Christen geschaffen werden, ihre Religion frei ausüben zu können. Heute ist noch nicht so ganz klar, wie es weitergeht.

Wie verhalten sich die Christen in der Flüchtlingsfrage?

Die Situation der Flüchtlinge ist ein Problem. Seitdem die Terrorgruppe ISIS überall für Chaos sorgt, sind viele Christen aus Syrien und aus dem Irak in die Türkei geflohen. Auch in Tur-Abdin gibt es viele Flüchtlinge. Der türkische Staat hat ein Camp in der Nähe des Klosters Mor Abraham in Midyat geschaffen - für 10.000 Flüchtlinge. Die Aramäer aus Syrien und dem Irak kamen auch dorthin. Allerdings wollten sie nicht mit den Muslimen in einem Camp leben. Deswegen haben sie in der Stadt Wohnungen gemietet und einige von ihnen sind auch im Kloster Mor Gabriel oder im Kloster Deir az-Zafaran gelandet. Es gibt dort heute 250 Seelen, sie werden privat von den Syrisch-Orthodoxen in Tur-Abdin versorgt. Allerdings können diese Menschen sie nicht einfach auf eigene Kosten verpflegen. Sie bekommen Unterstützung von den Aramäern in Deutschland oder in Europa und sie sind auch auf die Hilfe von anderen Menschen in Europa angewiesen. Alleine können die Klöster diese Menschen nicht für immer verpflegen, deshalb gibt es immer wieder Hilfsaktionen in Europa und die Menschen helfen gerne.

Wie kommen die Muslime mit den Christen aus?

Die Vertreter der Religionen in der Türkei, also die Bischöfe und die Imame, haben ein gutes Verhältnis zueinander. Weihnachten, Ostern oder zu den islamischen Festen besuchen beide Seiten einander. Es ist ein gutes Zeichen auch für die Öffentlichkeit, wenn die Menschen merken, dass die Oberhäupter einander besuchen, einander respektieren. Wir sind sehr stolz darauf, dass die Situation heute so gut ist. Nicht nur die religiösen Oberhäupter, sondern auch die Staatsbeamten wie der Gouverneur von Mardin oder von Adiyaman oder von Istanbul besuchen die Bischöfe an diesen Festtagen. Das ist ein gutes Zeichen. Aber man kann das nicht pauschalisieren, es gibt unter den Fanatikern immer noch Menschen, die das nicht akzeptieren wollen. Es ist ein Problem in der türkischen Gesellschaft, das nicht alle Menschen tolerant sind. Es gibt Fanatiker, die das Verhältnis zwischen den Religionen stören, aber

die Mehrheit, Gott sei Dank, ist anders geworden. Das Verhältnis zwischen den Christen der Türkei, zwischen den Armeniern, den Rum-Orthodoxen und anderen christlichen Minderheiten, ist sehr gut. Alle besuchen einander und die Atmosphäre ist entspannt. Die Christen in der Türkei sind eine Minderheit und sie erkennen und spüren, dass sie eine Minderheit sind, daher ist der Zusammenhalt ein gutes Zeichen für das Zusammenleben.

Haben Sie persönlich schlechte Erfahrungen mit dem türkischen Staat gemacht?

Ich war Anfang der achtziger Jahre Lehrer für christliche Religion und Aramäische Sprache in einem Dorf. Dort habe ich erlebt, dass türkische Soldaten das Dorf umkreist haben, sie kamen auch in meine Wohnung, dann haben sie meine Bibliothek gesehen und sie haben alle meine Bücher auf den Boden geworfen. Zu der Zeit war ich in der Schule und nicht zuhause, deswegen wurde ich persönlich nicht angegriffen, nur meine Bibliothek. Damals suchten die Soldaten nach PKK-Anhängern; obwohl das Dorf fast rein christlich war, trotzdem kamen sie. In den 70er, 80er, 90er Jahren war die Lage nicht gut. Es geschahen viele Morde. Allein in meinem Dorf wurden 2 Menschen umgebracht, der Bürgermeister und mein eigener Taufpate.

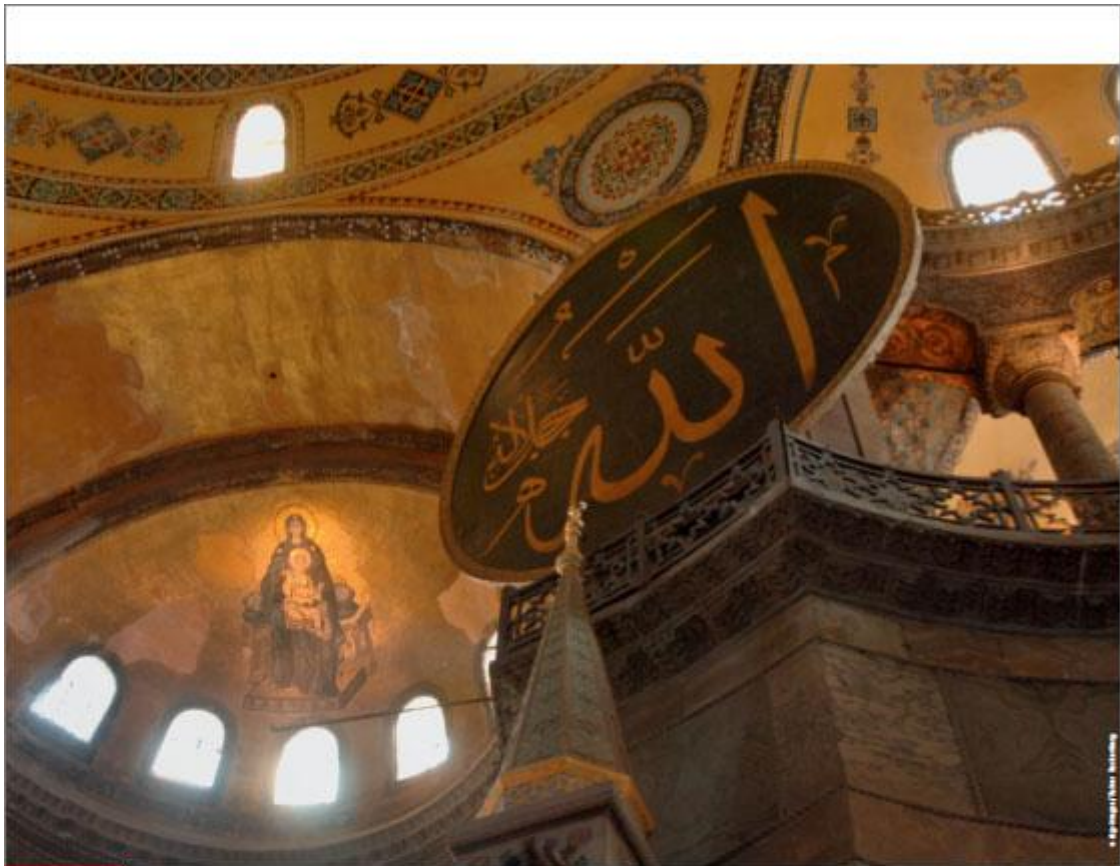
Wie können die Länder Europas die Christen in der Türkei unterstützen?

Die Türkei ist heute fast christenfrei. Wenn man die Lage heute mit der Vergangenheit vergleicht, spürt man das ganz deutlich. Aber wir appellieren an die westlichen Staaten, dass sie eine Politik treiben, die die Lage der Christen in der Türkei zu verbessern hilft. Sie sollten eigene Kirchen bauen und ihre Religion frei ausüben dürfen und überhaupt allen anderen gleichgestellt sein. Es steht zwar im Grundgesetz, dass alle Menschen gleich sind, doch in der Praxis ist es ganz anders. Die Christen dürfen im Militär zum Beispiel keine höhere Aufgabe bekommen und weder Richter, noch Polizisten, noch Schulbeamte werden. Die Politik spielt dabei eine große Rolle. Durch den Einfluss der europäischen, westlichen Staaten kann die Situation der Christen dort verbessert werden. Lässt man die Christen aber einfach allein, dann werden auch die letzten noch auswandern.

Das Interview führte Meike Dobschall.

Die Audiodateien mit den Statements von Drs. Gabriel Rabo stehen zum Download auf www.ekd.de/remiszere2015 bereit.

Ankündigungsplakat



Fürbitte für bedrängte
und verfolgte Christen

*Paltz für eigene Inhalte
Veranstaltungsort etc.*

www.ekd.de/fuerbitte

EKD
Evangelische Kirche
in Deutschland

Das Plakat steht **bis zum 15. Juli 2015** zum Download auf
www.ekd.de/remiszere2015 bereit.

Weiterführende Informationen

Literatur

- Archons of the Ecumenical Patriarchate (Hg.): 2nd International Conference on Religious Freedom, Dezember 4-5, 2013, Berlin, Germany
- Elpidophoros (Lambriniadis): Die Christen in der Türkei. Vortrag zum Dies Academicus, Kiel 2014 (masch.)
- Grulich, Rudolf: Christen unterm Halbmond, Augsburg 2008
- Grulich, Rudolf: Ethnische Vielfalt in der Türkei. G2W 37, 2009, S. 18-19
- Müller, Andreas (Hg.): Das Kreuz unter dem Halbmond. Orientalische Christen im Angesicht des „Arabischen Frühlings“, Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte 50, Göttingen 2014
- Norwegian Helsinki Committee (Hg.): Freedom of Belief Initiative. The Right of Religion or Belief in Turkey – Monitoring Report January-June 2013
- Oehring, Otmar: Christen in der Türkei. G2W 37, 2009, S. 14-1
- Oehring, Otmar: Zur Lage der Menschenrechte – Die Türkei auf dem Weg nach Europa – Religionsfreiheit? Aachen 2004
- Sternberg, Thomas u.a. (Hg.): Zwischen Morgenland und Abendland. Der Nahe Osten und die Christen, Münster 2011
- Tamcke, Martin: Christen in der islamischen Welt. Von Mohammed bis zur Gegenwart. München 2008
- Thöle, Reinhard: Dramatischer Exodus der Christen aus dem Vorderen Orient, Ökumenische Akzente, 2014, S. 35-40

Links

- Website der ACK
www.ack.de
- Website der EKD
www.ekd.de
- Armenier-Genozid-Erklärung des ÖRK
www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents-statements/minute-on-100th-anniversary-the-armenian-genocide
- Armenier-Erklärung der KEK
press.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Gov_Bd_November_2013_docs/7_GB2013_Doc_14_7_CEC_Public_Issues_Statement_Armenian_Genocide_FINAL.pdf
- Bericht des Norwegischen Helsinki-Komitees zur Türkei
nhc.no/?module=Files&action=File.getFile&ID=1695

- EMW: Dossier Nr. 1/2014 - Christen im mittleren Osten
emw-d.de/fix/files/EMW_Dossier_Syrien.pdf
- Forum 18 zu Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Türkei
www.forum18.org/Archive.php?query=&religion=all&country=68
Konrad-Adenauer-Stiftung (Bedrängte Christen im Nahen Osten. Thomas Volk, Analysen und Argumente, Nr. 146, Sankt Augustin 16. April 2014)
www.kas.de/wf/doc/kas_37500-544-1-30pdf?140422164804
- Mission Länderbericht Türkei
www.missio-hilft.de/media/thema/religionsfreiheit/laenderberichte/06-tuerkei.pdf
- Missio Menschenrechtsstudie 55 "Die Situation der Christen im Nahen Osten"
www.missio-hilft.de/media/thema/menschenrechte/sudie/55-tagung-christen-naher-osten.pdf
- Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit
www.ekd.de/download/religionsfreiheit_christen_weltweit_2013_07_01.pdf
- OSZE zur Religionsfreiheit in der Türkei
www.forum18.org/Archive.php?article_id=1351
- Religious freedom survey: Turkey (Mine Yildirim, Norwegian Helsinki Committee)
www.forum18.org/archive.php?article_id=1916

Redaktionsteam

- Dr. Detlef Görrig, Hannover
- Dr. Martin Illert, Hannover
- Dr. Friederike Köckert, Halle an der Saale
- Thorsten Leißer, Hannover
- Dr. Klaus Onnasch, Kiel
- Martin Pühn, Hannover
- Dr. Gabriel Rabo, Göttingen
- Dr. Katharina Ratschko, Hannover
- Professor Dr. Reinhard Thöle, Halle
- Sabine Udodesku, Hannover